

Eberlein, Werner

(1919 – 2002)

deutscher Politiker

Werner Eberlein bei wikipedia >>>

Man hat Sie schon hundert Mal gefragt, wie es zum Ende der DDR kommen konnte. Wir fragen Sie zum 101. Mal.

Ich habe auf diese, viele Menschen bewegende Frage, hundert Mal versucht zu antworten und einhundert Mal erlebt, dass meine Antwort nicht restlos überzeugte. Das liegt meines Erachtens daran, dass es nicht genügt, Positives und Negatives gegenüberzustellen, genauso wenig, wie es genügt, Fehler, die zweifelsohne begangen wurden, einfach aufzulisten und sich darüber zu erzürnen. Es geht um die Analyse von Ursachen, aus der Erkenntnis heraus, dass allein eine solche sachliche Aufarbeitung der Vergangenheit der zukünftigen Generation, die nach einer Alternative zum bestehenden, den Problemen der Zeit nicht gewachsenen Kapitalismus sucht, den Weg zum demokratischen Sozialismus ebnen könnte. Dieser Weg muss frei sein von den Fehlern der Vergangenheit.

So bin ich zu der Einsicht gelangt, dass es nicht nur eine Ursache gibt, dass man die Antwort auf die Frage nach dem Ende der DDR nicht auf eine Formel bringen kann. Mancher macht sich die Antwort leicht, indem er leugnet, dass das, was nach 1945 im Osten Deutschlands aus den Trümmern des Krieges aufgebaut wurde, Sozialismus war. Damit wären auch alle Fragen nach einem „warum“, nach den Ursachen der Niederlage abgetan. Es gäbe keine Vergangenheit, die es aufzuarbeiten gilt, um Schlüsse für Gegenwart und Zukunft zu ziehen. Bleibt nur die Frage, woran es denn gelegen hat. Sicherlich entsprach dieser Sozialismus nicht in allem dem, was uns vorgezeichnet war und was die Menschen, die mit großem Elan am Aufbau dieses Sozialismus mitgewirkt hatten, von ihm erwartet und erhofft hatten.

Der von uns praktizierte Sozialismus, der unter dem Einfluss des in der Sowjetunion unter Stalin entwickelten Sozialismus stand, hat seine Bewährungsprobe nicht bestanden. Dieses sozialistische Experiment ist missglückt. Die sozialistische Idee harrt also noch ihrer Realisierung.

Bei einem Versuch, die Frage nach dem Ende der DDR zu beantworten, müsste man zuerst den Tatbestand nennen, dass die DDR durchaus kein totgeborenes Kind war, sondern ein, wenn auch mit sowjetischer Hebamme zur Welt gekommen, durchaus gesundes, lebensfähiges, perspektivreiches Kind war. Ein Kind allerdings auch, das nicht durch Überfluss und Reichtum verwöhnt war. Kinderkrankheiten? Wer bleibt davon verschont? Ernsthafte Erscheinungen, die das Wachstum behinderten, traten erst in späteren Jahren auf.

Man kann heute darüber streiten, ob die junge DDR 1952 mit der Aufgabe des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus nicht überfordert, ob sie für diese Aufgabe schon reif war. Das immer wieder unterbreitete Angebot für eine gemeinsame „Kinderstube“ war bekanntlich von den westalliierten Eltern abgelehnt worden. Die „Pflegeeltern“ DDR gaben sich redliche Mühe, aber die „Brüder und Schwestern“ im Westen räumten so manches Hindernis in den Weg, verhinderten mit Embargo und Boykott, mit Ostbüro und Gesamtdeutschem Ministerium eine vernünftige Zusammenarbeit.

Eines aber ist klar. Dieses Kind konnte nicht als Waise groß, erwachsen werden. Die DDR war nur in ihren Beziehungen, einerseits zur Sowjetunion, andererseits zur BRD, lebensfähig. Die Entwicklung in all den vierzig Jahren war geprägt von diesen Wechselbeziehungen, bei denen sich das Demokratiedefizit in der Muttermilch bemerkbar machte. Dabei durchliefen diese Wechselbeziehungen sehr unterschiedliche Stadien.

Auch das Ende der DDR verlief in diesem Spannungsfeld.

Man macht dem ehemaligen Politbüro zu recht den Vorwurf, über keine Konzeption zur Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme verfügt zu haben. Doch heute stellt

sich auch die Frage, ob die regierende Koalition über eine Konzeption verfügt, mit der der deutsche Staat aus der tiefen politischen und ökonomischen Krise herauszukommen imstande ist. Man diskutiert über den Standort Deutschland und über Strukturfragen, über Arbeitslosigkeit und bessere Verteilung der Arbeit, aber die Überproduktion von Stahl oder Autos, ist wohl kaum mit einer Umverteilung von Arbeit, mit Reduzierung der Kaufkraft zu überwinden, sondern höchstens durch high-tech-Erzeugnisse und durch die Erschließung neuer Märkte, die es auf dieser dreigeteilten Welt zur Genüge gibt.

Doch das sind Märkte in Russland und in der dritten Welt, die nicht schon morgen Gewinn abwerfen. Da der Kapitalismus sich heute nicht imstande zeigt, seine eigenen Grenzen zu überwinden, droht eine weitere Zuspitzung der Krise, deren Folgen man auf die Schultern der werktätigen Bevölkerung abwälzen will. Ich will damit nicht das Ende des Kapitalismus voraussagen, hat doch dieser Kapitalismus nach der Weltwirtschaftskrise 1929-32 und nach dem Weltkrieg 1945 seine Fähigkeit bewiesen, sich zu reformieren. Wird ihm das noch einmal gelingen? In den führenden Industriestaaten schafft heute höhere Produktivität nicht nur höheren Profit, sondern auch höhere Arbeitslosigkeit und damit größere soziale Sprengkraft. Auf alle Fälle steht für mich eine sozialistische Alternative nach wie vor auf der Tagesordnung.

Versuche ich Ursachen für das Ende der DDR zu ergründen, so würde ich als erstes die Tatsache nennen, dass sich mit den Jahren immer weniger Menschen bereitfanden, sich mit dem Sozialismus, für den sie und ihre Eltern mit Kraft und Energie gewirkt hatten, zu identifizieren. Der Frieden, der sichere Arbeitsplatz, die soziale Betreuung, das gesicherte billige Brot, das Mieten günstige Dach über dem Kopf, für jedermann zugängliche Kultur und andere offensichtliche Vorteile der sozialistischen Entwicklung hatten bei nicht geringen Teilen der jungen Generation ihre Anziehungskraft verloren. Das andere Deutschland mit attraktiver Unterhaltungselektronik, verchromten Motorrädern, Reisechancen nach Mallorca und Tenerifa, mit KaDeWe und Kaiser's gewann größere Anziehungskraft. Stimmen, die vor Arbeits- und Obdachlosigkeit warnten, wurden in den Wind geschlagen. Warum drangen diese Stimmen nicht bis zum Bewusstsein durch? Man wollte so leben, wie es den Begüterten im Westen möglich war. Das war nicht nur ein materielles Problem, es hatte ein Umdenken eingesetzt, das mit althergebrachter Propaganda nicht zu beeinflussen war. Der Sozialismus hatte für viele Menschen seine Anziehungskraft eingebüßt. Man erwartete Reformen und erhoffte sich eine attraktivere DDR.

Ein sehr wichtiges, den materiellen Lebensstandard der Bürger bestimmendes Problem, dass das Ende der DDR beschleunigte, war die ökonomische Situation des Landes. Dabei ging es nicht nur um Mängel in der Versorgung, um Qualitätsfragen, um eine ausreichende Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung. Es ging ganz allgemein um die Wirtschaftspolitik. Ich sehe eine Hauptursache der Mängel in der Fortsetzung einer Politik, die Stalin in seinen „ökonomischen Problemen des Sozialismus in der UdSSR“ festgeschrieben hatte. Er ging dabei von der Überlegung aus, dass der Sozialismus eine zeitlich kurzfristige Etappe sei, der der Kommunismus folgen wird. Stalin glaubte, dass man schon im Sozialismus auf Preisreduzierungen hinsteuern müsste, um beim Übergang zum Kommunismus auf „Null“ zu kommen. Er war überzeugt, dass der sozialistische Staat stark genug sei, um durch Umverteilungen alles subventionieren zu können. Das war auch 1952 in der UdSSR, auch in den Anfangsjahren der DDR bei relativ niedriger Konsumtion absolut möglich. Noch 1971 betrug die Subventionssumme in der DDR rund 2 Milliarden Mark. Sie wuchs mit größeren Wohnflächen und höherem Lebensstandard auf 50 und mehr Milliarden, die nicht mehr umverteilt werden konnten. Diese Politik führte, auch in den anderen sozialistischen Ländern, die diesem Weg blindlings folgten, zu einem Kaufkraftüberhang, der die Regale in den Läden leerfegte. Um einen relativen Ausgleich zu schaffen, wurden Konsumgüter, die nicht zum täglichen Bedarf zählten, mit stark

überhöhten Preisen belegt. Viele Bürger stellten Preisvergleiche mit Westdeutschland an, die sich in der Regel nicht auf Mieten, Arzneimittel, Kosten für Kindergartenplätze oder FDGB-Reisen, sondern eben auf Autos und elektronische Unterhaltungsgeräte bezogen. Die niedrigen Preise für Nahrungsmittel, Mieten und Tarife waren keineswegs nur bei Ökonomen umstritten. Viele Bürger wandten sich gegen unsinnige Subventionen. Ich denke da an den staatlichen Aufkauf von Obst und Gemüse oder Geflügel und Kaninchen. Erdbeeren wurden nicht kiloweise, sondern gleich körbchenweise, Pfirsiche – so es sie gab – gleich stiegenweise eingekauft. Geld spielte bei vielen, ausgenommen Rentner und Alleinstehende, kaum mehr eine Rolle. Es sei denn, man wollte einen Farbfernseher kaufen oder den Zeitpunkt der Wartburg- oder Trabi-Auslieferung rückte heran. Ein mir bekannter privater Gärtnermeister sagte mir in Berlin: „Herr Eberlein. Zu mir kommen Kunden, die verlangen mit der Bemerkung, Geld spiele keine Rolle, einen schönen Blumenstrauß. Die DDR ist wohl der einzige Staat in dieser Welt mit solchen Wünschen. Kann sie das durchstehen?“ Er hatte recht mit seiner Frage, ich konnte ihm nicht widersprechen. Ein anderes Beispiel: eine Parteigruppe aus dem Metallwerk in Stendal hatte an das ZK geschrieben und sich über schlechte Versorgung beschwert. Ich rief den Parteisekretär an und meldete mich zur nächsten Mitgliederversammlung an. Um mich mit der Versorgung in Stendal vertraut zu machen und mich auf das Gespräch vorzubereiten, fuhr ich einige Stunden früher nach Stendal und durchwanderte viele Läden. In der Versammlung entspann sich eine lebhafte Diskussion, in der es nicht um Brot, Wurst oder Fleisch ging, sondern um Schinken, Schnitzel und Rouladenfleisch und unsinnige Preise, die nicht zwischen Koch- und Kernfleisch differenzierten. Auf meine etwas demagogische Frage, ob man etwa teureres Brot und Fleisch wollte, antwortete man mir: „Ja, denn die Subventionen bezahlst doch nicht du, sondern wir mit unserer Arbeit!“

Die Arbeiter in Stendal dachten weiter als das Politbüro. Ich habe damals Honecker über diese Diskussion informiert, aber eine Antwort bekam ich nicht.

Die Reparationsleistungen in Höhe von 145 Milliarden Dollar, die der DDR auch für die BRD als Ausgleich der in der UdSSR angerichteten Kriegsschäden abverlangt wurden, wodurch die industriellen Kapazitäten der Sowjetischen Besatzungszone auf die Hälfte des Standes von 1936 reduziert wurden (in Westdeutschland um 5 Prozent), die Ausrichtung der wiederaufgebauten Industrie auf den Bedarf der Sowjetunion, verringerten die Möglichkeiten der DDR, auch auf dem westlichen Markt aufzutreten. Dabei konnte die UdSSR zwar einen Großteil des Roh- und Brennstoffbedarfs decken, doch brauchte die DDR auch Einnahmen westlicher Valuta, um den Import von Maschinen zu ermöglichen, die in den sozialistischen Ländern nicht hergestellt wurden. Dabei ging es nicht nur um Elektronik, sondern auch um simple Holzbearbeitungsmaschinen. So sah sich die DDR gezwungen, Konsumgüter, die der eigene Markt brauchte – selbst Fleisch, das mit aus dem Westen importierten Futtermitteln erzeugt worden war -, auf dem westlichen Markt zu Schleuderpreisen zu verkaufen, um zu Valutamitteln zu gelangen.

Die Verkündung der Losung von der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik auf dem VIII. Parteitag durch den neugewählten Erich Honecker war zwar sozial wohlgemeint und fand auch bei der Bevölkerung Anklang und Zuspruch, doch war diese Politik, wie sich mit der Zeit erweisen sollte, ökonomisch nicht gesichert. Der Glaube, dass eine Sozialpolitik im Interesse des werktätigen Menschen aus dieser Motivation heraus produktive Kräfte freisetzt, die die notwendige Steigerung der Arbeitsproduktivität sichern, erwies sich als Irrglaube. Nicht der politische Wille entscheidet über die Größe und den Umfang einer sozial gerechten Ordnung, sondern die Effektivität der Wirtschaft.

Mitte der sechziger Jahre war auf Initiative Walter Ulbrichts das „Neue ökonomische

System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ eingeführt worden. Es verfolgte das Ziel, „die ökonomischen Gesetze des Sozialismus durch die Anwendung der materiellen Interessiertheit mittels eines Systems ökonomischer Hebel zu voller Wirksamkeit zu bringen“ und wissenschaftlich-technischen Höchststand zu erreichen und mitzubestimmen. Mit dieser Reform sollte das Produktions- und Territorialprinzip miteinander verbunden werden. Das waren echte Ansätze einer ökonomischen Reform, die mit den Gedanken des Charkower Ökonomen Libermann übereinstimmten. Dabei wollte Ulbricht nicht auf die zentrale Planung verzichten. Bei einem Besuch in Moskau ließ er sich stundenlang die Wirkungsweise der Computerzentrale der Sowjetischen Plankommission, die zum großen Teil mit westlicher Technik ausgestattet war, erläutern, weil er glaubte, mit solcher Technik die Volkswirtschaft bis ins Detail planen zu können. Mögen Ulbrichts Reformansätze unzulänglich, unvollkommen gewesen sein, im Netzwerk erschien die SED als „black box“, aber sie boten alle Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung, für eine Vervollkommnung. Und eine offene Diskussion um „black box“ hätte uns vielleicht der Frage um die politische Funktion der SED näher gebracht.

Auf dem VIII. Parteitag wurden diese Ansätze jedoch zerstört, Reformen waren nicht gefragt. Es lief parallel mit der Sowjetunion ein Prozess, in dem auch Ministerpräsident Alexej Kossygin Reformen abschwören und der überzentralisierten Planwirtschaft seinen Segen geben musste.

Leider waren die Ereignisse 1956 in Polen und 1968 in der Tschechoslowakei kein Anlass, um über die Arbeiten von Oskar Lange und Ota Sik ausgiebiger zu diskutieren und die Anwendbarkeit ihrer Thesen für die DDR zu prüfen. Sicherlich gab es auch in der DDR Ökonomen, die das getan haben, aber nicht zu Wort gekommen sind. Das sind wiederum Überlegungen, die mir erst heute, nachdem ich diese Werke mit dem Auge des mit der Wende „Belasteten“ gelesen habe, gekommen sind. Damit wären wir bei einem weiteren Punkt der Analyse. Die Wissenschaft wurde von uns zwar als Produktivkraft deklariert, nicht aber als solche behandelt. Das bezog sich insbesondere auf die Gesellschaftswissenschaft, in der es galt, Beschlüsse der Parteitage, zu denen man Zuarbeiten geleistet hatte, zu interpretieren. Wenn ein Wissenschaftler eine These von Lenin oder gar Marx zur Diskussion stellen wollte, wurde ihm unterstellt, dass er Marx oder Lenin in Frage stellen wollte. Dabei kann ein neuer Gedanke, ein neuer Lehrsatz nur aus der Infragestellung eines alten entstehen.

Neben der ökonomischen spielte zweifelsohne die politische Problematik eine wichtige Rolle, wobei sich beide ergänzen und unlösbar miteinander verknüpft sind. Ich habe an anderer Stelle bereits auf die führende Rolle der Partei hingewiesen. Diese Rolle war von Lenin, der nach der Oktoberrevolution die Funktion des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare bekleidete, als führende politisch-ideologische, als politisch-theoretische Rolle, als kulturell-erzieherischer Faktor konzipiert worden. Unter Stalin wurde daraus eine parteifremde administrative Funktion. Es ging auch in der Praxis der SED und DDR weniger darum, dass sich in vielen administrativen Funktionen eine überflüssige Dualität einbürgerte, es ging weit mehr darum, dass mit der Bevormundung der staatlichen Organe ihnen die Verantwortung entzogen und Verantwortungslosigkeit gezüchtet wurde. Andererseits führte dieses Administrieren zur Vernachlässigung der ureigensten politischen, ideologischen, moralischen, gesellschaftlichen Aufgaben. Das ist meines Erachtens auch ein Grund dafür, dass die SED als 2,3-Millionen-Partei so schnell auseinanderbrach.

Ich lehne jedes globale Urteil über die „SED-Diktatur“ und den Unrechtsstaat DDR ab, nicht nur, weil ich bereits versucht habe nachzuweisen, dass die DDR in ihren 40 Jahren sehr unterschiedliche Etappen durchlaufen ist, sondern auch darum, weil jede

Pauschalisierung es verhindert, sachlich, nüchtern und kompetent diese 40 Jahre zu analysieren.

Die unmittelbare Wende wurde durch Demonstrationen eingeleitet, die von der Forderung nach Demokratie bestimmt waren. Obwohl auch in Peking, Ulan Bator, Prag und anderen Städten Demonstranten gleiche Losungen zeigten, verstanden doch die Pekingener oder Leipziger Studenten etwas anderes darunter. Der Bürger in Magdeburg oder Dresden verstand unter „Freiheit“ freies Reisen in den Westen. Er wollte sein Versammlungsrecht demonstrieren, ging für Reformen des Sozialismus auf die Straße. Die Parteiführung verfügte über keine Konzeption zur Lösung der demokratischen und wirtschaftlichen Fragen. Die Partei, die stets alle Erfolge, die es zweifelsohne gab, auf ihr Banner geschrieben hatte, musste sich nun – nach den Gesetzen der Logik – auch alles Negative an ihre Fahnen heften lassen. Die „führende Rolle“ kehrte sich in ihr Gegenteil um. Ich will mich mit diesem harten Urteil keineswegs aus meiner Verantwortung stehlen, ich bekenne mich voll und ganz zu meinen Handlungen.

In diesem Zusammenhang steht auch die Frage der Schuld. Ich habe diesem Staat, dieser BRD gegenüber keinerlei Schuld einzugestehen. Ich habe bis zur Wende als Bürger der DDR gewirkt und gehandelt, ehrlich und treu, den Gesetzen entsprechend. Jede Schuldzuweisung staatlicher Organe der BRD muss ich von mir weisen. Was nicht heißt, dass ich nicht Schuld auf mich geladen habe: Schuld den Genossen gegenüber, die mir vertraut und mehr von mir, insbesondere in meiner Funktion als Politbüromitglied, erwartet haben. Mancher glaubte und hoffte, dass ich die Verhältnisse im Politbüro verändern könnte.

Die Beantwortung der mir oft gestellten Frage, warum ich im Politbüro nicht gegen Dinge aufgetreten bin, die mir auch damals schon missfielen – die Publikationspraxis der Medien, die Herrschaftsallüren eines Günter Mittag – warum ich mich in die Praxis eingliedern ließ, im Politbüro nicht politische Grundfragen, sondern nur technische oder Versorgungsdetails zu diskutieren, warum ich mich mitschuldig machte an der Sprachlosigkeit der Parteiführung, fällt mir schwer, weil ich sie mir selbst kaum überzeugend beantworten kann. Ich ließ mich in diese Praxis einbinden, die über Jahrzehnte geprägt worden war und aus der auch ich nicht entweichen konnte. War es mangelnde Zivilcourage? Ich lasse mir persönlich in diesem Fall Feigheit nachsagen, aber damit ist das Problem, das mich wie viele andere bewegt, nicht beantwortet. Mitglieder des Politbüros, die im Spanischen Bürgerkrieg oder in faschistischen Konzentrationslagern so viel Mut bewiesen hatten, die nach 1945 unerschrocken ihren politischen Standpunkt verteidigten, blieben im Politbüro stumm. Keine Auseinandersetzung, kein Disput über lebenswichtige Fragen der Zeit. Die ellenlange Tagesordnung wurde vorgegeben und niemand hat sie – so lange ich im Politbüro war – durchbrochen.

Es kam noch ein anderer Faktor hinzu. Hätte wirklich ein Mitglied der Parteiführung auf den Tisch gehauen: „Schluss! So geht es nicht weiter!“, wäre die Frage zu beantworten gewesen, wie es denn weitergehen sollte, wie eine Reform der DDR, des Sozialismus aussehen müsste, welche ökonomische Konzeption ihr zugrunde gelegt werden müsste? Wer konnte diese Fragen beantworten?

Obwohl ich mit den Antworten auf einige zuvor gestellte Fragen versuchte, mein Verhalten zu erläutern, ohne Billigung zu erheischen, kann die Beantwortung der letzten Frage niemanden zufriedenstellen, mich selbst am wenigsten.

(S. 70-81)

... Bei einem Disput in der Evangelischen Akademie Wittenberg stellte mir Friedrich Schorlemmer die Frage nach den Ursachen der Niederlage der DDR. Er selbst wollte sie –

sehr verkürzt – auf ein Wort reduzieren: das System.

Noch einmal: Es handelt sich um eine fast unzulässige Verkürzung, aber sie ließe sich auch auf die heutige Zeit anwenden. Die Unzulänglichkeiten unserer Tage – Bürokratie, Preissteigerungen, Mietenexplosion – all das liegt letztlich im System begründet.

In der DDR herrschte – bei allen Mängeln und Fehlern – eine sozial gerechtere Gesellschaftsordnung.

Und damit bin ich wieder bei meiner Antwort: Ich habe nicht umsonst gelebt! Ich bin mit kommunistischer „Erbmasse“ zur Welt gekommen und bin dieser Idee treu geblieben, über Höhen und durch viele Tiefen. Ich weiß nicht, wieviel Jahre Leben mir noch vergönnt sind, ich weiß nicht, welche Hürden noch auf mich warten, aber ich weiß mit Sicherheit, dass ich dieser Sache treu bleiben werde!

(S. 93)

Werner Eberlein, Ansichten – Einsichten – Aussichten
Spottless-Verlag 1995